

Dr. Max Tobler

Der
revolutionäre
Syndikalismus



1920

Verlag Fritz Kater, Berlin, Kopernikusstr. 25



Der revolutionäre Syndikalismus.

Bakunin war der überschwängliche Verteidiger der persönlichen Freiheit, dem jede Unterordnung unter eine Gewalt im tiefsten Herzen verhaßt war. Da er aber große körperliche und geistige Bedürfnisse hatte, war es ihm klar, daß er in einer Gesellschaft leben müsse, weil nur dann die Befriedigung seiner Bedürfnisse möglich war. Eine Gesellschaft wollte er darum schaffen, die die größten geistigen und materiellen Reichtümer zu bieten hätte und dies mit der geringsten Einschränkung der persönlichen Freiheit, d. h. ohne Zwang erreichte.

Dieses Ideal verfocht er innerhalb der ersten Internationale und entwickelte es zusammen mit seinen Freunden zur sozialistischen Theorie.

Sein Endziel hat der revolutionäre Syndikalismus*) übernommen und gleichzeitig suchte er in den Gewerkschaften Frankreichs eine sozialistische Kampforganisation zu schaffen, die das Ideal verwirklichen sollte. Als Theorie und als Praxis gewann er seit den Achtzigerjahren des vorigen Jahrhunderts eine immer größere Bedeutung in der französischen Gewerkschaftsbewegung, obwohl er innerhalb der Arbeiterschaft Frankreichs beständig von anderen sozialistischen Strömungen heftig bekämpft wurde. Der Ausbruch des Krieges hat dann auch seine Entwicklung gewaltsam unterbrochen.

Das Endziel.

Das Endziel der Syndikalisten soll also eine Organisation der Gesellschaft sein, in der die wirtschaftliche Produktion möglichst ergiebig ist und in der dem Einzelnen trotzdem eine möglichst große Freiheit zu seiner Entwicklung geboten wird. Das setzt vor allem die Beseitigung der Lohnarbeit und die Ueberführung der Produktionsmittel aus Privatbesitz in gesellschaftliches Eigentum voraus. Darin sind alle sozialistischen Systeme einig. Das große Freiheitsbedürfnis gibt aber

*) Syndicat ist das französische Wort für Gewerkschaft. Syndikalismus bedeutet also nichts anderes als Gewerkschaftsbewegung und Gewerkschaftstheorie.

dem Syndikalismus seinen besonderen Charakter im Gegensatz zur marxistischen Sozialdemokratie.

Die Vorstellung von der künftigen Organisation der Gesellschaft soll hier nach den Ausführungen James Guillaumes, des Freundes und Mitkämpfers Bakunins, wiedergegeben werden. Die französischen Syndikalisten haben diese theoretischen Darlegungen in keiner Weise verändert, da ihre Bewegung bis zum Beginn des Krieges keine Gelegenheit fand, sie praktisch auszuprobieren und nach den Erfahrungen zu korrigieren.

Nach der Auffassung Guillaumes und der Syndikalisten ist die Grundlage der ganzen künftigen Gesellschaft die, daß die Produktionsmittel Eigentum der arbeitenden Menschen werden und daß sie nicht, wie die Staatssozialisten es wollen, in den Besitz des demokratischen Staates übergehen.

Für einzelne Berufsgruppen ist das etwa so gedacht:

Den Bauern gehört das Land. Kleinbauern, die ein Gut mit ihrer Familie bebauen, kann es als Privateigentum verbleiben. Alle größeren Betriebe aber werden gemeinschaftlich bearbeitet und der Boden sowie die Arbeitsgeräte sollen der Gesamtheit der Arbeitenden gehören. Sie bilden eine landwirtschaftliche Genossenschaft, deren Leitung je nach dem Willen der Genossenschafter einer Einzelperson oder einer Kommission übertragen wird. Die Genossenschafter selbst bestimmen ihre tägliche Arbeitszeit, die sich nach ihren Bedürfnissen und dem Ertrag der Arbeit richtet. Da verschiedene Genossenschaften, die nahe beieinander bestehen und unter ungefähr gleichen Bedingungen produzieren, natürlich zu einander Beziehungen haben, so wird wahrscheinlich die Arbeitszeit über weitere Gebiete in gleicher Weise geregelt werden. Sie richtet sich eben nach der Zweckmäßigkeit, und die wechselt nicht von einer Genossenschaft zur andern. Das Arbeitsprodukt gehört natürlich der Genossenschaft und sie entschädigt ihre Mitglieder für die geleistete Arbeit, sei es in Naturalien, sei es in Geld.

Die Entschädigung kann sie nach ihrem Gutdünken vornehmen, entweder so, daß sie bei der Verteilung nur die Arbeitszeit berücksichtigt oder daß sie auch die Art der geleisteten Arbeit in Betracht zieht oder nach irgend einem anderen System, das sich aus der Praxis als brauchbar ergeben wird. Als ideales Prinzip, dem man sich anzunähern trachtet, gilt aber immer der Satz: Jeder arbeitet nach seinen Kräften und wird entschädigt nach seinen Bedürfnissen.

Bei den Industriearbeitern soll auch nicht unbedingt alles nach einem einzigen Schema geregelt werden. Sofern es noch Arbeiter gibt, die ihren Beruf mit einigem wenigen Werkzeug ganz ausüben können, so sollen sie Eigentümer desselben bleiben. Für die große Mehrzahl aber wird bei der heutigen Entwicklung der Technik das Werkzeug nicht mehr individueller Besitz sein, sondern der

Gesamtheit gehören, die damit zu arbeiten hat. Es läßt sich aber die Frage aufwerfen, ob z. B. eine Fabrik das Eigentum der dort beschäftigten Arbeiter oder nicht besser Eigentum des Gewerkschaftsverbandes des betreffenden Berufes werden soll. Guillaume meint, daß der letztere Modus vorzuziehen wäre, so daß z. B. in einem Lande sämtliche Buchdruckereien dem Typographenverbände gehören würden, der damit die Möglichkeit hätte, die Arbeit und die Arbeiter zweckmäßig auf die Betriebe zu verteilen. Die Eisenbahnen sollen den im großen Verband organisierten Eisenbahnern, zu denen natürlich auch die Ingenieure gerechnet werden, gehören usw.

Die einzelnen Berufsverbände stehen dann wieder in enger Verbindung mit einander und liefern einander je nach Bedürfnis die nötige Arbeit gegen entsprechende Entschädigung in Arbeitsprodukt oder Geld.

Es werden sämtliche arbeitenden Menschen im ganzen Lande in ihrem Berufsverbände organisiert und durch den Verband wieder mit den andern Berufen verbunden sein.

Neben der einen Organisation in Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbänden muß aber noch eine zweite bestehen, nämlich die Organisation in der Gemeinde. Auch ihre Grundlage bildet zunächst wieder die Gewerkschaft. Die in einer Stadt oder einem Dorfe bestehenden Gewerkschaften schließen sich zu einer lokalen Föderation zusammen, die dem entspricht, was wir ein Gewerkschaftskartell nennen. Dieses Kartell würde sämtliche Aufgaben übernehmen, die der heutigen politischen Gemeinde zugewiesen sind, soweit sie in einer neuen Gesellschaft überhaupt noch nötig sind. Guillaume zählt als solche auf:

- a) Oeffentliche Arbeiten (Häuserbau, Straßenbau und Instandhaltung, Beleuchtung usw.)
- b) Austausch von Produkten.
- c) Ernährung (Beschaffung und Verteilung der allgemein gebrauchten Lebensmittel wie Brot usw.)
- d) Statistik (Einwohnerregister, um den Bedarf an Wohnungen und Lebensmitteln zu kennen).
- e) Hygiene (Wasserversorgung, Krankenpflege usw.)
- f) Sicherheit (Schutz gegen Feuersgefahr u. dgl.)
- g) Erziehung.
- h) Hülfe (für Arbeitsunfähige).

Das Gewerkschaftskartell würde also der eigentliche Träger der Gemeindeverwaltung und müßte sich dann die nötigen Organe für diese Arbeit schaffen.

Die Gemeinden könnten aber auch nicht unabhängig von einander bestehen, sondern müßten zu einer Föderation der Gemeinden zusammentreten, hauptsächlich um den Produktaustausch und den Verkehr zu regeln. Zur Erfüllung ihrer Aufgabe müßte natürlich auch die Föderation der Gemeinden ihre Funktionäre bestellen, die sich

ihrerseits wieder gewerkschaftlich zu organisieren hätten. Ueber ihre Tätigkeit würde die Föderation eine Art Oberaufsicht führen. Man stelle sich z. B. vor, daß die Eisenbahner so als Funktionäre der Föderation tätig wären. Die Föderation würde ihnen aber nicht Befehle erteilen, sondern ihre Bedürfnisse und Wünsche bekannt geben und in gemeinsamer Verständigung würde festgesetzt, wie die Bedürfnisse zu befriedigen seien.

Diese hier nur in den größten Zügen dargestellte Gesellschaftsorganisation zeichnet sich dadurch aus, daß sie ganz auf freiwilligem Uebereinkommen aufgebaut ist, daß immer die direkt Interessierten sich zunächst zusammenschließen, daß ihre Gruppen wieder nach freiwilliger Vereinbarung zur Lösung größerer Aufgaben zusammen treten, daß aber niemals eine Zentralgewalt geschaffen wird, die mit einer zwingenden Macht ausgestattet wird, sondern daß auch alle Einzelentscheide wieder nach freiwilligem Uebereinkommen getroffen werden, und daß das Recht der Einzelgruppen immer in weitestem Maße gesichert bleibt, gleichwie das Recht des Einzelnen in der Gruppe.

In direktem Gegensatz dazu steht der strenge Staatssozialismus, der zunächst alle Produktionsmittel in das Eigentum des Staates überführen will. Er setzt einen auf demokratischer Grundlage stehenden Gewaltstaat voraus, zentralisiert alle Macht in dessen Organen und stattet nun die kleineren Organisationen mit Rechten aus, soweit es von der Zentrale für gut gehalten wird.

Die demokratische zentralisierte Organisation ist nicht nur die Form, die sich die sozialdemokratischen Parteien, vor allem in Deutschland, gegeben haben, sondern auch die Gewerkschaften des deutschen und englischen Sprachgebietes sind nach diesem Typus mit einer starken Zentralgewalt ausgebaut.

Die Syndikalisten Frankreichs dagegen haben den Versuch gemacht, die föderalistischen, undemokratischen Prinzipien in ihren Gewerkschaftsorganisationen zur Anwendung zu bringen, den Kampf gegen den Kapitalismus auf dieser Grundlage zu führen und in ihrer Organisation heute schon die Ideen zu verwirklichen, nach denen sie die künftige Gesellschaft aufbauen möchten.

Die Organisation.

Die revolutionären Syndikalisten sind Gewerkschafter und nur Gewerkschafter. Die politische Organisation ist ihnen gleichgültig, wenn sie sie nicht gar als schädlich bekämpfen, und auch gegenüber den Genossenschaften verhalten sie sich gleich. Sie glauben mit den Gewerkschaften allein die soziale Umwälzung und den Neuaufbau der Gesellschaft erreichen zu können und drücken das in dem selbstbewußten Worte aus: „Der Syndikalismus genügt sich selbst!“

Die Grundlage ihrer Organisation bilden also die lokalen Gewerk-

schaften, die sich lokal zu sogenannten Arbeiterbörsen oder wie wir sagen würden, zu Gewerkschaftskartellen zusammenschließen, und die über das ganze Land in Gewerkschaftsverbänden vereinigt sind. Die Arbeiterbörsen und Gewerkschaftsverbände werden dann wieder durch eine Gesamtorganisation zusammengefaßt, die ihre regelmäßigen Kongresse abhält, zu denen sowohl die Börsen wie die Verbände ihre Delegierten abordnen. Diese Gesamtorganisation trägt den Namen „Allgemeiner Arbeiterbund“, Confédération général du Travail, oder abgekürzt C. G. T. Arbeiterbörsen, Gewerkschaftsverbände und Arbeiterbund wählen je nach Bedürfnis zur Führung ihrer Geschäfte Gewerkschaftssekretäre.

Die Vertretung der einzelnen Gewerkschaften in den Börsen und Verbänden und die der einzelnen Verbände an den Kongressen erfolgt nun aber nicht nach demokratischem Prinzip, d. h. nicht so, daß die starken Organisationen eine größere Vertretung erhalten als die kleinen. Jede Organisation hat vielmehr die gleichen Rechte wie die andern. Ein kleiner Verband schickt ebenso zwei Vertreter zum Kongreß wie ein großer, und anders ausgedrückt, eine Organisation, die wenig Beiträge abliefern, hat deswegen nicht weniger Rechte als eine kapitalkräftige.

Die Frage dieser Vertretung hat an den Kongressen zu sehr heftigen Auseinandersetzungen geführt, da besonders einige der großen Verbände, die, wie z. B. die Typographen, nach englischem Muster organisiert sind, entsprechend ihrer Zahl vertreten zu sein wünschten. Sie wiesen darauf hin, daß sonst die kleinen Verbände einen ungebührlich großen Einfluß erhalten könnten, der besonders dann zu Ungerechtigkeiten führe, wenn Beschlüsse von finanzieller Tragweite gefaßt werden. Die Kosten hätten dann doch die großen, finanzkräftigen Verbände zu tragen. Und sie machten auch darauf aufmerksam, wie erfolgreich die englischen und deutschen Gewerkschaften mit ihrem System gewesen seien.

Die Vertreter des syndikalistischen Systems erwiderten ihnen, daß in jedem Verband immer nur eine Minorität von aktiven vorwärtsdrängenden Menschen zu finden sei. Gerade diese wertvolle Minorität komme aber bei den Kongressen viel eher zur Geltung, wenn auch die kleinen Verbände ihre besten Leute schicken können und wenn diese nicht durch das Schwergewicht der großen und reichen Verbände unterdrückt werden.

Der Sekretär Niel führte anläßlich einer solchen Debatte aus: „Die Engländer, die Deutschen und die Amerikaner (die alle das demokratische System durchführen) gehören zu einer Rasse mit kaltem, mathematischem, positivem Temperament, und es ist ganz natürlich, daß ihre Organisationen bis zu einem gewissen Grade von diesem materiellen Temperament durchtränkt sind, das die Grundlage des proportionalen (demokratischen) Systems bildet. Wir aber sind Franzosen, das soll man nicht vergessen, wir gehören zur lateinischen Rasse, für

die das Gefühl ebensoviel bedeutet wie der Materialismus; und es ist ebenso natürlich, daß unsere Organisationen dieses spezielle Temperament widerspiegeln. Die Unterschiede in Sitten, Charakter, Temperament, Geschichte müssen sich logischerweise in Unterschieden der Handlungen zeigen. Wir in Frankreich empfinden das Bedürfnis nach Freiheit viel stärker und verabscheuen viel mehr alles, was nach Eingung aussieht. Bei den Lateinern spielt das Gefühl eine ebenso große Rolle wie die Berechnung, und ich freue mich darüber.“

Der von Niel betonte Freiheitsdrang, das Bedürfnis, keiner Gewalt zu unterstehen, ist schon bei der Darstellung des syndikalistischen Endzieles zum Ausdruck gekommen. Eigentlich gibt er aber noch keinen genügenden Grund, das eine Vertretungssystem dem andern vorzuziehen. Wenn wir verstehen wollen, warum er in dieser Frage herangezogen wurde, so müssen wir uns klar machen, daß die ganze Frage in einen größeren Zusammenhang gehört.

Die syndikalistischen Kongresse fassen keine Beschlüsse, die für die Verbände zu Zwangsbestimmungen werden. Sie sind vielmehr Aussprachen, durch die man sich auf bestimmte Prinzipien und zu gewissen Aktionen zu einigen sucht. Ist ein Beschluß gefaßt, so ist das so zu sagen nur eine Aufforderung an die angeschlossenen Organisationen, nun in diesem Sinne tätig zu sein. Findet eine Organisation, daß ein Beschluß schlecht sei und handelt sie dementsprechend anders, so wird sie nicht bestraft und es können keine Zwangsmaßnahmen gegen sie ergriffen werden. Ihre Selbständigkeit wird ihr durch keinen Kongreßbeschluß genommen.

So lange nun dieses Prinzip in Geltung bleibt, besteht keine Notwendigkeit, daß die großen Verbände eine große Vertretung erhalten. Wohl aber ist es von Wichtigkeit, daß jeder Beruf seine besondere Situation klarlege, damit auch darauf Rücksicht genommen werden kann. Es ist wichtiger, sämtliche Gesichtspunkte zu kennen, als eine mathematisch bestimmte Stimmenzahl festzustellen. Das starke Freiheitsbedürfnis gibt den Kongreßbeschlüssen eine geringere Bedeutung als etwa bei deutschen Kongreßbeschlüssen und daraus folgt dann erst wieder, daß ein demokratisches Wahlsystem, eine proportionelle Vertretung der Verbandsmitglieder abgelehnt werden kann.

Damit wird auch der Einwand hinfällig, daß die kleinen Verbände die großen in zu kostspielige Abenteuer stürzen könnten. Der einzelne Verband hat immer selbst zu entscheiden, ob er ein Unternehmen wagen will und es besteht keine Pflicht des einen Verbandes, einen andern finanziell zu unterstützen. Bei den kleinen Kassen, über die die syndikalistischen Verbände im allgemeinen verfügen, war ja das ganze Unterstützungswesen, z. B. in Streikfällen, fast ganz auf Freiwilligkeit eingestellt.

Die Frage von Zwangsbeschlüssen und proportionaler Vertretung gehören also zusammen und beides haben die reinen Syndikalisten prinzipiell abgelehnt.

Die Kampfmittel.

Die Gewerkschaften haben eine Gegenwartsarbeit neben einer Zukunftsarbeit auszuführen. Sie sollen unter den einmal gegebenen Verhältnissen, innerhalb des kapitalistischen Systems, den Arbeitern zu besseren Lebensbedingungen verhelfen, sie sollen aber gleichzeitig auch die soziale Umwälzung vorbereiten und durchführen.

Die Mittel, die dabei zur Verwendung kommen, sind verschiedener Art und von verschiedener Stärke. Sie wachsen natürlich im selben Grad wie das Ziel, das man in einem bestimmten Moment zu erreichen sucht. Die Grundlage aller Aktionen ist das Handeln des einzelnen Gewerkschafters selbst, und alle gewerkschaftlichen Kampfmittel erhalten überhaupt nur dann ihre Kraft, wenn sie von selbstbewußten, zielbewußten und mutigen Menschen zur Anwendung gebracht werden. Die erste Aufgabe der Gewerkschaft ist es also, die Mitglieder zu Menschen mit einem starken und klaren Willen zu erziehen. Die Gewerkschaft im Sinne der Syndikalisten ist eine Schule des Willens. Sie soll Persönlichkeiten schaffen, die jederzeit wissen, was sie wollen und das, was sie von den Unternehmern erhalten wollen, durch ihre eigene Handlung nehmen.

Der einzelne Arbeiter soll also mit seiner individuellen Forderung dem Unternehmer entgegenzutreten lernen und nicht erst darauf warten, daß ein Vorstand oder eine politische Partei für ihn fordere und handle. Wenn die Gelegenheit dazu günstig ist, soll er eigene Initiative besitzen und er soll sie zeigen mit all den Mitteln, die ihm seine Klassenstellung in die Hand gibt. Die Syndikalisten haben die individuelle Sabotage ziemlich stark betont, dann aber besonders die individuelle direkte Aktion, die z. B. darin bestehen kann, daß der Arbeiter, der den Achtstundentag verlangt, einfach nach seinen acht Stunden aufhört zu arbeiten, ohne erst um die Erlaubnis dazu zu fragen. Natürlich muß dann aber der Einzelne auch bereit sein, allein die Folgen seiner individuellen Handlung zu tragen.

Viel wirksamer werden aber solche direkten Aktionen, wenn sie als Kollektivhandlungen von einer ganzen Gewerkschaft ausgeführt werden und es ist dann auch eher möglich, sich gegen die Vergeltungsmaßnahmen der Unternehmer zu schützen. Das wichtigste Kampfmittel der Gewerkschaft, sei es zur Abwehr, sei es zum Angriff, ist, wie bei jeder Form der Gewerkschaftsbewegung, der Streik. Dabei wird die ganze wirtschaftliche Macht des Arbeiters zur Geltung gebracht. Durch den Streik und sehr oft schon durch die bloße Androhung des Streiks werden die größten Erfolge in Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne, Verbesserung der Arbeitsbedingungen in jeder Art erzielt. Er soll darum in jeder Form und Ausdehnung zur Anwendung kommen, vom einfachen Betriebsstreik bis zum Branchenstreik, zum lokalen Generalstreik und zum Landesstreik. Insbesondere haben die Syndikalisten auch immer auf die Sympathiestreiks ein großes Gewicht

gelegt, da sie bei ihren geringen Unterstützungseinrichtungen oft zu dieser Art der Hülfeleistung ihre Zuflucht nahmen. Im Streik erblicken sie auch eines der besten Erziehungsmittel zum Selbstbewußtsein, zur Erkenntnis der eigenen Kraft und der Stärke der Kapitalisten.

Da die Syndikalisten bei ihren Kämpfen immer wieder die Staatsgewalt auf der Seite ihrer Gegner finden, so haben sie auch ihre Stellung zum Staat und seinen Gewaltmitteln festgelegt. Es wurde schon gesagt, daß sie die politische Partei der Sozialdemokratie für überflüssig, wenn nicht gar für schädlich halten. Für überflüssig, weil der Syndikalismus sich selbst genüge, weil die künftige Gesellschaft ganz auf seiner Basis errichtet werden könne, für schädlich, weil die parlamentarische Politik von schlechtem Einfluß auf die Arbeiter sei. Wenn der Arbeiter nur von Zeit zu Zeit einen Wahlzettel abzugeben habe und nachher den gewählten Politiker seine Interessen vertreten lasse, so lerne er nicht selbst zu handeln, so werde er von der direkten Aktion viel eher abgehalten. Er gewöhne sich daran, daß ein anderer für ihn eintrete, und in diesem Vertrauen werde er nur eingeschläfert und verliere seine Energie. Zudem werde er von den gewählten Politikern allzuhäufig betrogen. Die Erfahrung zeige, daß sie nicht revolutionär handeln, nicht die Expropriation der Kapitalisten verlangen, sondern sich immer der Mehrheit der Wähler gefällig zeigen wollen und gleichzeitig hauptsächlich ihre ganz persönlichen Interessen verfolgen. Die Syndikalisten stehen also jedem Parlament und jeder Regierung mit dem größten Mißtrauen gegenüber.

Damit ist aber nicht gesagt, daß sie sich jeder politischen Tätigkeit enthalten. Sie verzichten zwar darauf, Parlamentarier zu wählen, aber nicht darauf, den Staat, die Parlamente und Regierungen zu beeinflussen. Auch das soll durch direkte Aktion geschehen. Sie ist zu führen gegen das hauptsächlichste Gewaltinstrument des bürgerlichen Staates, gegen das Militär. Zu den Kampfmitteln des Syndikalismus gehört ein konsequenter Antimilitarismus, der auf den einzelnen Soldaten einzuwirken sucht und ihn so bearbeitet, daß er als Werkzeug eines Befehlshabers nicht mehr zu gebrauchen ist. Es handelt sich also nicht um einen parlamentarischen, sondern um einen viel wirkungsvolleren Antimilitarismus, der allerdings für den Einzelnen auch um so gefährlicher ist.

Daneben wollen die Syndikalisten auch gelegentlich die Parlamente bearbeiten, aber nur durch einen Druck von außen. Sie erreichen das durch Massenaktionen, die die Form von Demonstrationen oder auch von politischen Streiks annehmen. Der Schwerpunkt der ganzen sozialen Bewegung liegt bei der Masse, sie muß entwickelt, sie muß erzogen, sie muß aktionsfähig gemacht werden, dann werden Parlament und Regierung sich nach ihr richten.

Mit all den bisher erwähnten Kampfmitteln sollen also die nächstliegenden Forderungen der Gewerkschaften auf dem Boden der einmal gegebenen kapitalistischen Gesellschaft verfochten werden. Einzel-

menschen und Organisationen werden in diesem Kampf entwickelt und gestärkt und wir nähern uns immer mehr dem Moment, da der entscheidende Kampf um die Macht der Kapitalisten geführt werden kann, der Kampf, in dem das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufgehoben wird. Der Kampf, in dem den jetzigen Eigentümern ihr Eigentum genommen wird. Denn so sehr der Syndikalismus jede Gewalt und jeden Zwang innerhalb der eigenen Organisation verpönt und so sehr er ihn in der neuen Gesellschaft unmöglich zu machen sucht, dem Feinde, dem gewalttätigen Kapitalisten gegenüber, schreckt er keinen Augenblick davor zurück. Daß der heutigen Bourgeoisie ihr Eigentum genommen werden muß, ist für ihn eine Selbstverständlichkeit. Der Besizende wird sich niemals freiwillig vom Eigentum trennen.

Die Entscheidung über die Macht der beiden Klassen wird das Proletariat durch den Generalstreik herbeiführen. Alle Vorbereitungen haben zum Ziel diesen revolutionären Generalstreik, der die Expropriation der Kapitalisten mit sich bringt und der endlich die Produktionsmittel in die Hände der Gewerkschaften geben soll,

Erst dieser Generalstreik gibt dem Syndikalismus das Recht, sich revolutionär zu nennen. Nicht gelegentliche gewalttätige Aktionen bei einzelnen Bewegungen machen den Revolutionär aus, sondern einzig das Ziel, auf das er hinarbeitet. Daß der Syndikalist in voller Klarheit auf dieses Ziel hinarbeitet, unterscheidet ihn in der Propaganda am meisten von den Gewerkschaftern nach deutschem Muster, die alle revolutionäre Propaganda ablehnten und jede revolutionäre Aktion der politischen Partei zuweisen wollten. Die syndikalistische Theorie wird eben erst dadurch sozialistisch, daß sie die Enteignung der Kapitalisten als Hauptziel ins Auge faßt.

Die Taktik.

Auch in der Anwendung ihrer Kampfmittel suchen die Syndikalisten ihr Grundprinzip der möglichst großen Freiheit festzuhalten und es wird ihnen dies erleichtert durch den ganzen Aufbau ihrer Organisation. Es wurde schon betont, daß die ganze Organisation von unten her aufgebaut wird und niemals dazu kommt, eine Zentralgewalt zu schaffen, der eine große Machtbefugnis zukommt. Die Zentralstelle, sagen wir einmal das Zentralkomitee eines Gewerkschaftsverbandes, ist ein Organ, das den Willen der Mehrheit der Mitglieder auszuführen, das aber keine Befehle auszugeben hat. Es kann seine Ratschläge erteilen und das ist sogar seine Pflicht, da es oftmals am besten in der Lage ist, eine Kampfsituation zu überblicken. Es soll auch im Kampfe durch seine Einsicht und seine Kenntnisse die Gewerkschafter unterstützen und sogar leiten können, es soll den Gewerkschaften gewissermaßen Fachleute zur Verfügung stellen, aber niemals soll ihnen die Gewalt von Befehlshabern zugesprochen werden. Die extremsten

Syndikalisten gehen sogar so weit, zu verlangen, daß die Arbeitersekretäre möglichst oft gewechselt werden, damit ja nicht einzelne Spezialisten einen zu großen Einfluß im Verbandsverbande erlangen, sondern damit möglichst viele Verbandsmitglieder sich die Kenntnisse von Sekretären erwerben. Auf alle Fälle soll die Entscheidung über den Beginn und den Abbruch aller Bewegungen nicht von oben her erzwungen werden können, sondern ganz bei den Arbeitern selbst liegen, die einen Kampf durchzuführen haben. Es sollen Kämpfe, die von einer Arbeitergruppe gewollt werden, nicht von einem Vorstand aus abgebremst werden, es sollen Bewegungen, die die Arbeiter weiterführen möchten, nicht abgewürgt werden. Die geringen Kompetenzen, die den Vorständen zugeteilt sind, verhindern das, wie sie auch verhindern, daß ein Vorstand eine nicht gewollte Bewegung auslöst.

Die konsequenten Syndikalisten müssen aber noch weiter gehen und sie tun es auch. Sie sprechen auch einer Minderheit der Arbeiter eines Berufes und einer Gewerkschaft das Recht zu, gegen den Willen der Mehrheit in einen Kampf einzutreten oder in einem Kampfe zu beharren. Zwar raten sie im allgemeinen davon ab, aber ihr undemokratisches Prinzip anerkennt das Recht der Minoritäten auf Aktion. Pouget, der eine Zeit lang Sekretär und einer der theoretischen Wortführer des Syndikalismus war, hat sich geradezu mit Leidenschaft für dieses Recht eingesetzt und sich dabei in folgenden Worten ausgedrückt: „Nie haben die Syndikalisten geglaubt, daß sie erst so zu sagen die Gesamtheit ihrer Berufsgenossen organisieren, dann eine regelrechte Abstimmung vornehmen müssen, um erst dann ihre Aktion dem Entscheid der Mehrheit anzupassen. Sie haben sich so zahlreich wie möglich vereinigt und ihren Willen gebildet, ohne Rücksicht auf die nicht klassenbewußten Kollegen zu nehmen . . . Und nichts ist richtiger als das . . . Das Recht jedes Einzelnen, sich gegen Unterdrückung und Ausbeutung zu empören, kann nicht vorgeschrieben oder verboten werden. Und wäre einer ganz allein gegen alle, so bleibt sein Recht zu fordern und zu revoltieren. Wenn es den Massen gefällt, den Rücken unter das Joch zu beugen und die Füße des Herrn zu lecken, was geht das den Einzelnen an! Der Mensch, der solche Niedrigkeit verabscheut, sie nicht mitmachen will, sich erhebt und empört, der hat Recht gegen alle! Sein Recht ist einleuchtend und unbestreitbar, und das Recht der auf dem Bauche liegenden Masse, so weit es sich darauf beschränkt, das Recht zur Sklaverei zu sein, ist ein Nichts, das ihm kein Hindernis werden kann. Das Recht der Masse erhält erst dann Bedeutung für ihn und wird beachtenswert, wenn sie statt des Gehorsams und der Arbeit für andere, an den Aufstand denkt. So oft sich also eine Gruppe bildet, in der bewußte Menschen sich zusammenfinden, haben sie sich nicht um die Gleichgültigkeit der Masse zu kümmern . . . Das Recht der Syndikalisten hat mit dem demokratischen Recht nichts gemein . . . Es ist der Ausdruck eines neuen, tief menschlichen Rechtes, hervorquellend aus dem

Volksbewußtsein, und es bedeutet gegenüber den alten Dogmen eine soziale Neugeburt: Das Erwachen einer Gesellschaft, wo die Unterdrückerherrschaft des Gesetzes einer Herrschaft der freien Vereinigung weichen muß.“

Diese Sätze sind durchaus anarchistisch, wenn man unter Anarchie die Beseitigung jeder Unterdrückung versteht. Aber Pouget ist nicht anarchistisch, wenn Anarchie jenen blöden Sinn hat, den das Bürgertum diesem Worte beilegt, wenn Anarchie bedeuten soll sinnlose Unordnung, Kampf aller gegen alle mit möglichst viel Gewalt, Raub, Mord und Totschlag. Auch Pouget will, daß der Freiheitsdrang des Einzelnen freiwillig beschränkt werde, daß die anständigen Menschen sich freiwillig organisieren, daß sie sich freiwillig einigen zu gemeinsamen Handlungen, zu gemeinsamer Lebensführung. Nur mit Gewalt, und sei sie auch demokratisch, soll keiner in Knechtschaft gezwungen werden.

Für die Taktik des Syndikalismus ergibt sich daraus zunächst das eine, daß das Aktionsbedürfnis des Einzelnen und einzelner Gruppen nicht gewaltsam an seiner Auswirkung gehindert werden soll. Aber die Theoretiker des Syndikalismus standen mit dem Leben der Arbeiterbewegung in zu enger Fühlung, als daß sie nicht gewußt hätten, daß große Erfolge nur Massenbewegungen beschieden sind. Bei allem Abscheu gegen irgend welchen Zwang ging ihr Hauptstreben immer nach organisierten Massenbewegungen. Wenn immer möglich, sollten die aktiven Minoritäten dann in den Kampf treten, wenn die Massen bereit waren, ihnen zu folgen. Kämpfe, die zu sicheren Niederlagen führen mußten, sollten vermieden werden. Es sollte im Kampfe die Masse sich immer weiter entwickeln und deswegen in beständiger Bewegung erhalten werden. Die freiwilligen Führer hatten aber doch die Aufgabe, der Masse immer wieder den Puls zu fühlen, um zu wissen, ob ihr nicht zu große Aufgaben zugemutet werden.

Sie wußten aus Erfahrung, welche verhängnisvolle Rückschläge große Niederlagen mit sich bringen können. Die Niederwerfung des Kommuneaufstandes hatte für die französische Arbeiterbewegung zu furchtbaren Folgen gehabt.

Die Theoretiker und Praktiker des revolutionären Syndikalismus waren denn auch nicht der Meinung, daß man die Arbeiter jeden Augenblick zum revolutionären Generalstreik aufrufen solle. Eine Schulung und Erziehungsarbeit schien ihnen dazu die unerläßliche Voraussetzung. Pouget erklärt:

„Es ist unbedingt nötig, daß man sich mit der Aufgabe der ökonomischen Umwälzung vertraut mache. Das ist aber einzig in der Gewerkschaft möglich. Nur da lernt man, wie die beruflich organisierten Arbeiter vorgehen müssen, um erstens die Kapitalisten auszuschalten und zweitens die Produktion zu reorganisieren und die Verteilung der Produkte auf kommunistischer Basis zu sichern.

„So lange diese Erziehungsarbeit, die der Umwälzung vorausgehen

muß, nicht so weit gediehen ist, daß eine kräftige Minorität von ihr durchdrungen ist, die stark genug wäre, um den Angriffen der Bourgeoisie Stand zu halten, so lange können die Hoffnungen auf eine vollständige Befreiung der Arbeiterschaft sich niemals verwirklichen.

„So lange die Arbeiter noch nicht genügend mit dem Generalstreik vertraut sind, der sich unter den heutigen Verhältnissen als das einzige Mittel erweist, mit dem die kapitalistische Ordnung und Regierung gestürzt werden kann, so lange müssen sie sich entschließen, als Lohnarbeiter zu schufteln.

„Es ist daher notwendig, daß die Arbeiterschaft die Tragweite wohl verstehe, welche diese Generalstreiksbewegung haben soll, die die Kapitalisten expropriert; sie soll sich dessen bewußt werden, daß ihre Folge eine vollständig anders organisierte Gesellschaft sein wird, mit neuen äußern Formen und mit andern Grundlagen.

„Daß die Gewerkschaften diese Probleme studieren, ist dringend notwendig. In jeder von ihnen sollte die Frage aufgeworfen werden: Was werden wir im Falle des Generalstreiks tun? In jeder wird sich je nach Beruf und Industrie eine andere Antwort ergeben, was wenigstens die Art des Vorgehens betrifft, aber in allen zeigt sich immer deutlicher die Uebereinstimmung im Ziele: Erziehung und Vorbereitung, damit die Revolution, der wir entgegen gehen, fruchtbar sei.“

„Man beginge ein Unrecht, wollte man diese Vorbereitung mit ihren großen erzieherischen Werten vernachlässigen; sie muß mit derselben Ausdauer betrieben werden, wie die näherliegende Aufgabe der augenblicklichen Besserstellung.“

Prinzipien.

Die grundlegenden Unterschiede zwischen der deutschen, wir können sagen sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung und der französischen, syndikalistischen Bewegung sind deutlich.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat nie eine revolutionäre Theorie gehabt. Im Grunde hat sie überhaupt nie eine Theorie aufgestellt. Für sie war die Gewerkschaft nie die Grundlage einer neuen Gesellschaftsform, für sie war die Gewerkschaft auch nicht die Organisation, die auf den Umsturz, auf die Expropriation hinarbeitete. Sie begnügte sich mit den Gegenwartsaufgaben, mit der Besserstellung des Arbeiters innerhalb der gegebenen bürgerlichen Gesellschaft und überließ alles revolutionäre Denken und Agitieren der politischen Partei, der Sozialdemokratie. Sorgfältig suchte man immer die Neutralität zu wahren und dachte sich gelegentlich wohl auch, daß nach der großen Verstaatlichung die Gewerkschaften zu den Verwaltungsorganen der sozialistischen Betriebe in einem ähnlichen Verhältnis stehen werden, wie jetzt zu den Privatbesitzern der Produktionsmittel.

Der Partei allerdings, und hauptsächlich ihrer radikalen Richtung, war es schon lange klar, daß die Massenaktionen, die allein die Beseitigung des bürgerlichen Staates und seiner Eigentumsordnung herbeiführen könnten, nur durch die organisierten Gewerkschafter erfolgreich durchgeführt werden könnten. Je mehr man auch in Deutschland zur Ueberzeugung kam, daß der Generalstreik eines der wichtigsten Kampfmittel des Proletariats sei, um so deutlicher erkannte man die revolutionäre Kraft, die in den Gewerkschaften liegt. Aber auch dann noch ging die Meinung dahin, es seien die Gewerkschaften gewissermaßen nur als Werkzeug der politischen Partei zu gebrauchen. Sie hätten die Macht des Bürgertums durch ihre wirtschaftliche Stärke zu brechen. Sobald dies geschehen, sei aber die Gewalt in die Hände der sozialdemokratischen Partei zu legen, die dann die Neuorganisation der sozialistischen Gesellschaft besorgen werde.

Die Syndikalisten dagegen nehmen die revolutionäre Arbeit und die Aufgabe des Neuaufbaues ganz für sich in Anspruch und betrachten daher die politische Partei als nebensächlich. Sie denken in erster Linie ökonomisch und darum stellen sie die ökonomische Organisation in das Zentrum der ganzen sozialistischen Bewegung.

Sie stehen aber auch aus einem andern Grunde im Gegensatz zu der staatssozialistischen Theorie der Sozialdemokraten. Ihr Grundprinzip von der möglichst weitgehenden persönlichen Freiheit bringt es mit sich, daß sie jede Gewaltorganisation und damit also jeden Staat verurteilen und so bald als möglich beseitigen möchten. Die Organisation, die sie anstreben, ist eine freiwillige Vereinigung auf Grund gegenseitiger Verständigung. Es soll auf den Einzelnen kein Zwang ausgeübt werden, sondern der Vorteil des kollektiven Handelns soll seiner Ueberlegung klar werden und ihn zur Einordnung in seine Gesellschaftsgruppe führen. Um das Prinzip der Freiheit aber möglichst wenig einzuengen, soll auch diese freiwillige Organisation mit möglichster Dezentralisation erfolgen. Selbst die Organe, die zu gemeinsamem Handeln nötig sind, die sich aber eine Befehlsgewalt anmaßen könnten, sollen mit möglichst geringen Kompetenzen ausgestattet werden. Jede Entscheidung soll, so weit das nur immer möglich ist, von den Leuten ausgehen, die den Beschluß selbst auszuführen haben. In einer Gesellschaft, die nach diesem Prinzip leben will, kann eine Zentralgewalt auch auf demokratischer Grundlage nicht bestehen. Es gibt nur eine Zentralstelle der Verwaltung.

Die Sozialdemokratie will im Gegensatz dazu einen Staat mit den Zwangsmitteln, die zu jedem Staat gehören. Sie fordert eine starke Zentralgewalt auf demokratischer Grundlage. Das wenigstens ist die klassische Theorie, wie sie in der Partei vor den Ereignissen der Revolution vertreten wurde. Die persönliche Freiheit des Einzelnen sollte dabei bestehen, so weit das Interesse der Partei und später des Staates es erlauben würde. Gelegentlich konnte diese staatlich-demokratische Auffassung bis zur streng militärischen Disziplin entwickelt werden.

Wenn wir die beiden Prinzipien in ihrer schroffsten Form einander gegenüberstellen, so ist es keinen Augenblick zweifelhaft, welches von beiden das menschlich schönere sei. Die zwanglose Gruppierung ist der gewaltsamen Einordnung sicher vorzuziehen. Aber sie hat immer zur Voraussetzung, daß die Menschen einigermaßen anständige Kreaturen seien. Die Syndikalisten glauben daran, wenigstens für die Zukunft, und ihre Anhänger suchen sie jetzt schon zu vollwertigen, selbständigen und sozialen Menschen zu erziehen.

Nachwort des Verlags.

Diese Broschüre behandelt in knapper und schöner Form den französischen Syndikalismus der Vorkriegszeit. In Bezug auf Methode und Taktik trifft der Inhalt auch auf den Syndikalismus zu, wie ihn jetzt die Freie Arbeiter-Union Deutschlands verkörpert. Dagegen weicht die Stellung des deutschen Syndikalismus in Bezug auf das Ziel der zukünftigen Gesellschaft etwas von den Darlegungen des Verfassers ab. Auf dem Weihnachtskongreß 1919 wurde in der Prinzipien-Erklärung folgendes festgelegt:

„Die Syndikalisten, in klarer Erkenntnis der oben festgestellten Tatsachen, sind prinzipielle Gegner jeder Monopolwirtschaft. Sie erstreben die Vergesellschaftlichung des Bodens, der Arbeitsinstrumente, der Rohstoffe und aller sozialen Reichtümer, die Reorganisation des gesamten Wirtschaftslebens auf der Basis des freien, d. h. des staatenlosen Kommunismus, der in der Devise: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“ seinen Ausdruck findet.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß der Sozialismus letzten Endes eine Kulturfrage ist und als solche nur von unten nach oben durch die schöpferische Tätigkeit des Volkes gelöst werden kann, verwerfen die Syndikalisten jedes Mittel einer sogenannten Verstaatlichung, das nur zur schlimmsten Form der Ausbeutung, zum Staatskapitalismus, nie aber zum Sozialismus führen kann.

Die Syndikalisten sind der Ueberzeugung, daß die Organisation einer sozialistischen Wirtschaftsordnung nicht durch Regierungsbeschlüsse und Staatsdekrete geregelt werden kann, sondern nur durch den Zusammenschluß aller Kopf- und Handarbeiter in jedem besonderen Produktionszweige; durch die Uebernahme der Verwaltung jedes einzelnen Betriebes durch die Produzenten selbst und zwar in der Form, daß die einzelnen Gruppen, Betriebe und Produktionszweige selbständige Glieder des allgemeinen Wirtschaftsorganismus sind, die auf Grund gegenseitiger und freier Vereinbarungen die Gesamtproduktion und die allgemeine Verteilung planmäßig gestalten im Interesse der Allgemeinheit.“

Nach dieser Prinzipien-Erklärung können also die Produktionsmittel nicht das Eigentum der arbeitenden Menschen werden, vielmehr wird jeder Eigentumsbegriff aufgehoben, die arbeitenden Menschen werden nur die Verwalter der Dinge. Ebenso kommt eine Entschädigung der Mitglieder der einzelnen Genossenschaften in Naturalien oder bar nicht in Frage. Es wird vielmehr das Geld- und Lohnsystem aufgehoben. Jeder arbeitet nach seinen Kräften und Fähigkeiten und erhält die Befriedigung seiner Bedürfnisse nach Maßgabe der vorhandenen Möglichkeiten, ohne Rücksicht auf die geleistete Arbeitsmenge. Nur so kann der Devise:

Jeder nach seinen Fähigkeiten;
Jedem nach seinen Bedürfnissen

Rechnung getragen werden.